

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Juni 1952

499/J

Anfrage

der Abg. Koplenig und Genossen  
an den Bundeskanzler,

betreffend die von der Österreichischen Regierung geduldeten und geförderten  
Umtriebe ausländischer Faschistenführer auf österreichischem Boden.

-.-.-

Ausserminister Dr. Gruber und andere Vertreter der Österreichischen Bundesregierung haben bei wiederholten Anlässen feierlich erklärt, dass die Regierung gewillt sei, in allen Fragen der Außenpolitik strengste Neutralität zu wahren. Unter dem Vorwand, dass es notwendig sei, die Neutralität Österreichs zu sichern, ist der verdiente Rechtslehrer der Grazer Universität Prof. Dr. Heinrich Brandweiner ausser Dienst gestellt worden, der durch keine seiner Handlungen im In- und Auslande auch nur im geringsten die Neutralität Österreichs gefährdet hat. Hingegen ist es eine Tatsache, die im schärfsten Widerspruch zu den wiederholten und feierlichen Neutralitätserklärungen steht, dass Österreich in letzter Zeit wieder einmal zum Tummelplatz der verschiedensten ausländischen Kriegshetzer und Faschistenführer werden konnte, deren Tätigkeit gegen die uns benachbarten Länder der Volksdemokratie gerichtet ist. Diese verbrecherischen, der Kriegshetze dienenden Provokationen werden von der Österreichischen Bundesregierung nicht nur geduldet, sondern auch vielfach durch Beteiligung österreichischer offizieller Persönlichkeiten und Institutionen direkt gutgeheissen und gefördert.

Hier einige Tatsachen dieser Art: Vor einigen Tagen traf der ehemalige Ausserminister der profaschistischen slowakischen Marionettenregierung Hitlers, Durcansky, aus Argentinien kommend, in Österreich ein. Diesem Mann, der als eines der treibenden Elemente der Kriegshetze gegen die Tschechoslowakische Volksrepublik in der ganzen Welt bekannt ist, wurde nicht nur die Einreiseerlaubnis für Österreich anstandslos erteilt, die offizielle österreichische Presseagentur hieß es überdies noch für angezeigt, der erstaunten Öffentlichkeit mitzuteilen, dass Durcansky die Absicht habe, in den nächsten Wochen "slowakische Landsleute in Österreich und Deutschland zu besuchen". Durcansky ist ein berüchtigter Kriegshetzer, der täglich in der "Stimme Amerikas" zum Kriege und zur Bildung von Terror- und Spionagegruppen gegen die Tschechoslowakei auffordert.

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. Juni 1952

In Graz wurde vor wenigen Tagen dem nicht weniger berüchtigten Kriegs-  
hetzer "Father" Reichenberger das Ehrendoktorat der dortigen Universität  
verliehen. Gegen diesen Reichenberger besteht sogar in Westdeutschland ein  
Einreiseverbot; bei uns aber wird er von offiziellen Stellen des Landes ge-  
ehrt. Die Verleihung des Ehrendoktordiploms an Reichenberger kann nicht anders  
denn als provokatorische Demonstration gegen die Tschechoslowakei gewertet  
werden. Diese Provokation nahm durch die Teilnahme offizieller prominenter  
Persönlichkeiten an der Promotion einen ganz gefährlichen Charakter an. Unter  
den bei der Promotion anwesenden Ehrengästen befanden sich der Unterrichts-  
minister der Republik Österreich, ausserdem eine Reihe berüchtigter Kriegs-  
hetzer aus Westdeutschland; unter anderen jener Verkehrsminister Seehofer,  
dessen Bekenntnis zum Faschismus erst vor kurzem in Westdeutschland einen  
Sturm der Empörung hervorgerufen hat, ferner der berüchtigte Kriegshetzer  
Lodgman, der mit dem Leiter der tschechoslowakischen Emigration ein Ab-  
kommen zur Aufteilung der Tschechoslowakei abgeschlossen hat.

In Abetracht dieser beunruhigenden und die freundschaftlichen Be-  
ziehungen unseres Landes zu unseren Nachbarländern auf das schwerste gefähr-  
denden Tatsachen richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundes-  
kanzler die folgende

Anfrage:

Was gedenkt der Herr Bundeskanzler zu tun, um die ernstliche Gefährdung  
der freundschaftlichen Beziehungen unseres Landes zu den Nachbarländern  
durch Provokationen der Kriegshetzer und Faschisten auf österreichischem  
Boden zu vermeiden?

Was gedenkt der Herr Bundeskanzler zu tun, um insbesondere dafür zu  
sorgen, dass nie wieder Vertreter der Regierung oder sonstige offizielle  
Persönlichkeiten an faschistischen Demonstrationen teilnehmen, die nur als  
feindseliger Akt gegen unsere Nachbarländer gewertet werden können?